

briq policy monitor

Teodora Boneva, Armin Falk, Mark Fallak, Lasse Stötzer

Zahlungsbereitschaft für Tanken und Heizen

*Welche Mehrbelastungen wären die
Deutschen bereit zu tragen, um den Druck
auf die russische Regierung zu erhöhen?*

briq policy monitor #1 | 17. März 2022

Teodora Boneva, Armin Falk, Mark Fallak, Lasse Stötzer

Zahlungsbereitschaft für Tanken und Heizen

Welche Mehrbelastungen wären die Deutschen bereit zu tragen, um den Druck auf die russische Regierung zu erhöhen?

briq – Institute on Behavior & Inequality

Schaumburg-Lippe-Str. 5-9
53113 Bonn
Deutschland

Pressekontakt:

Mark Fallak, Head of Communications
E-Mail: mark.fallak@briq-institute.org
Tel.: +49-228-3894-223

© 2022 briq

Datennutzung unter Nennung der Quelle vergütungsfrei.

Kurzfassung

Zwei Drittel der Deutschen sind bereit, mehr für Tanken und Heizen auszugeben

Um den Druck auf die russische Regierung zu erhöhen, würde laut einer repräsentativen Befragung für den briq policy monitor eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung einen weiteren Anstieg der Spritpreise und Heizkosten in Kauf nehmen. Vier von fünf Deutschen würden dafür auch ihr Heizverhalten ändern. Rund die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger aus einkommensstärkeren Haushalten wären außerdem bereit, einen Teil ihres Einkommens abzugeben, um Haushalte zu unterstützen, die unter den Preissteigerungen besonders leiden.

Ausgehend von einem Durchschnittspreis von 2,17 Euro pro Liter Super E10 gaben zwei Drittel der 2.000 Befragten an, noch höhere Preise zu akzeptieren, wenn sich dadurch mehr Druck auf Russland ausüben ließe. Rund ein Drittel würde sogar weitere Steigerungen um 30 Cent oder mehr in Kauf nehmen. Die Zahlungsbereitschaft ist dabei weitgehend unabhängig von der Häufigkeit der individuellen Autonutzung. Allerdings zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Parteipräferenz: Während unter den Wählerinnen und Wählern der AfD nur rund 35 Prozent höhere Spritpreise akzeptieren würden, liegt die Bereitschaft unter den Grünen-Wählern bei 88 Prozent.

Um die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus Russland zu reduzieren, würden ebenfalls zwei Drittel der Befragten einen weiteren Anstieg der monatlichen Heizkosten in Kauf nehmen. Knapp 58 Prozent würden mindestens 10 Euro an Zusatzkosten akzeptieren, rund 31 Prozent sogar 20 Euro oder mehr. Die Zahlungsbereitschaft nimmt mit höherem Einkommen tendenziell zu und ist im Westen Deutschlands stärker ausgeprägt als im Osten.

Weniger abhängig vom Einkommen, aber ebenfalls je nach Parteipräferenz unterschiedlich groß ist die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen, um den Energieverbrauch zu senken. So erklärten sich 82 Prozent der Befragten bereit, ihr Heizverhalten einzuschränken. Über 66 Prozent der Deutschen würden ihren Verbrauch so stark reduzieren, dass die Durchschnittstemperatur in ihrer Wohnung um mindestens ein Grad sinken würde.

Mit Blick auf den sozialen Ausgleich zeigte sich rund die Hälfte der Befragten aus Haushalten mit jährlichem Bruttoeinkommen über 50.000 Euro bereit, einen Teil ihres Einkommens beizutragen, um damit Haushalte zu entlasten, die besonders unter den Preissteigerungen leiden. Knapp 30 Prozent der einkommensstarken Haushalte würden dafür sogar mehr als zwei Prozent ihres Einkommens abgeben. Bei allen Messungen zeigt sich: Menschen mit ausgeprägtem Altruismus sind eher bereit, Kosten oder Verhaltensänderungen auf sich zu nehmen, um den Druck auf Russland zu erhöhen.

Ergebnisse im Detail

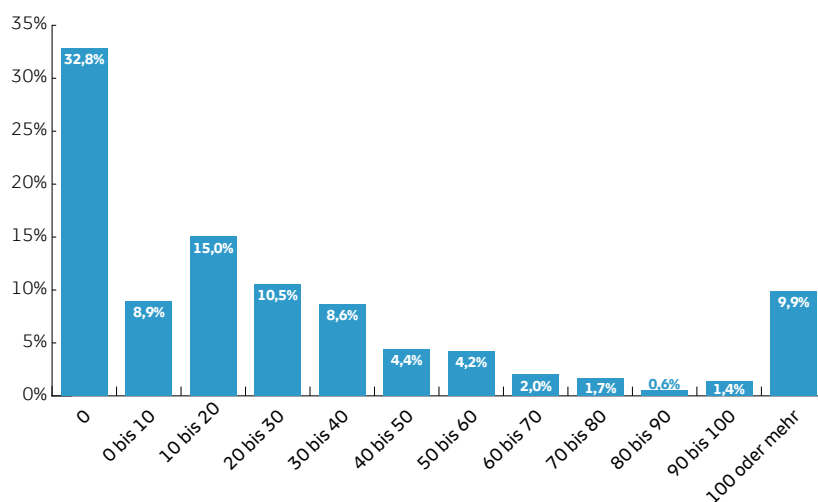
Zahlungsbereitschaft für höhere Spritpreise

Die Preise an der Zapfsäule sind zuletzt bundesweit stark angestiegen. Ein Verzicht auf russische Energieimporte könnte zu einer weiteren Verteuerung führen, den Druck auf die russische Regierung jedoch auch nachhaltig erhöhen. Wären die Deutschen bereit, dafür steigende Spritpreise in Kauf zu nehmen?

Dazu haben wir in einer deutschlandweit repräsentativen Umfrage die individuelle Zahlungsbereitschaft von 2.000 Personen erhoben. In Intervallen von jeweils 10 Cent zusätzlich lässt sich auf diese Weise bestimmen, welchen Aufpreis (auf die Durchschnittspreise vom 10. März 2022, z.B. 2,17 Euro pro Liter Super E10) die Menschen bereit wären zu tragen, um den Druck auf Russland zu erhöhen.

67% der Befragten würden dafür grundsätzlich einen noch höheren Spritpreis in Kauf nehmen. Während 58% mindestens 10 Cent mehr pro Liter akzeptieren würden, wären knapp 33% auch bereit, eine weitere Preissteigerung um 30 Cent oder mehr zu tragen.

Abb. 1: Zahlungsbereitschaft für höhere Spritpreise



Anteil der Befragten, die höhere Spritpreise akzeptieren würden, wenn dadurch der Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte. (Angaben in zusätzlichen Cent pro Liter Kraftstoff, auf Basis der Durchschnittspreise vom 10. März 2022 – Super E5: 2,23 EUR; Super E10: 2,17 EUR; Diesel: 2,31 EUR.)

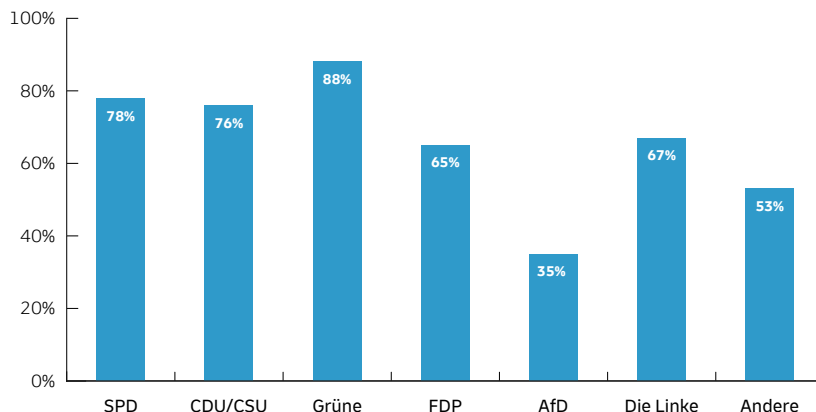
© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten.

Die positive Zahlungsbereitschaft ist weitgehend unabhängig von der individuellen Pkw-Nutzung. Selbst unter den Befragten, die täglich oder mehrmals in der Woche auf ein Auto angewiesen sind, wären zwei Drittel zu Mehrkosten bereit, knapp 57% würden mindestens 10 Cent pro Liter Sprit zusätzlich zahlen.

Bestimmte individuelle Merkmale spielen für die Zahlungsbereitschaft eine signifikante Rolle, darunter neben politischen Präferenzen die altruistische Disposition der Befragten, das Haushaltsbruttoeinkommen und die Region.

Am geringsten ist die Zahlungsbereitschaft mit rund 35% bei den Wählerinnen und Wählern der AfD (siehe Abbildung 2), gegenüber einem Durchschnitt von 75 Prozent bei den Anhängern aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Am höchsten ist die Bereitschaft unter Wählerinnen und Wählern der Grünen: 88% von ihnen würden noch höhere Spritpreise in Kauf nehmen, um den politischen Druck auf die russische Regierung zu erhöhen.

Abb. 2: Zahlungsbereitschaft für höhere Spritpreise nach Parteipräferenz



Anteil der Wählerinnen und Wähler, die höhere Spritpreise akzeptieren würden, wenn dadurch der Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte.

© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten.

Erwartungsgemäß beeinflusst die finanzielle Ausstattung der Haushalte die Zahlungsbereitschaft für höhere Spritpreise (siehe Tabelle 1). Doch selbst in der niedrigsten Einkommensgruppe mit maximal 20.000 Euro brutto pro Jahr wäre eine Mehrheit bereit, weitere Preissteigerungen an der Zapfsäule zu akzeptieren, wenn die russische Regierung dadurch stärker unter Druck gesetzt werden könnte. Im Westen Deutschlands ist die Zahlungsbereitschaft im Schnitt stärker ausgeprägt als im Osten (siehe Tabelle 2).

Tab. 1: Zahlungsbereitschaft für höhere Spritpreise nach Haushaltsbruttoeinkommen

Einkommen	Keine		
	Zahlungsbereitschaft (%)	10 Cent oder mehr (%)	30 Cent oder mehr (%)
Bis 20.000 EUR	38,08	53,65	28,85
20.000 bis 40.000 EUR	33,62	57,79	32,61
40.000 bis 60.000 EUR	29,47	59,19	32,75
Über 60.000 EUR	27,89	64,07	37,69

Tab. 2: Zahlungsbereitschaft für höhere Spritpreise nach Region

Region	Keine		
	Zahlungsbereitschaft (%)	10 Cent oder mehr (%)	30 Cent oder mehr (%)
Ost	40,43	50,36	25,63
West	29,90	61,26	35,36

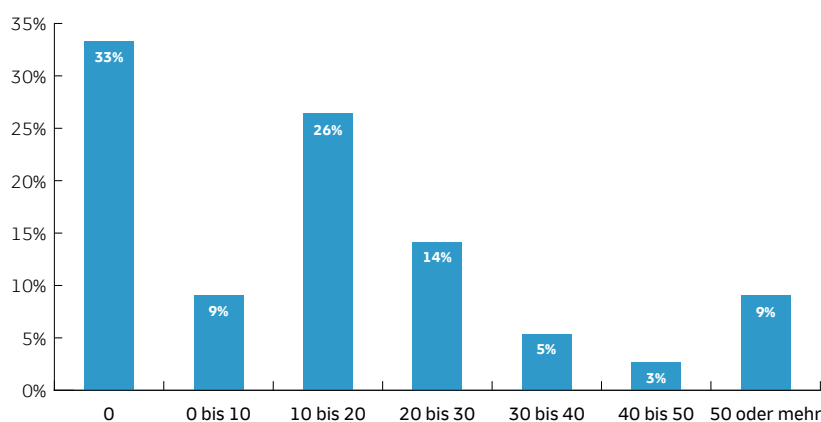
Zahlungsbereitschaft für höhere Heizkosten

Deutschland bezieht über die Hälfte der Gasimporte und etwa ein Drittel der Ölimporte aus Russland. Ein Importstopp würde die Energiepreise weiter steigen lassen, könnte aber auch eine effektive Maßnahme sein, um den Druck auf die russische Regierung zu erhöhen. Wären die Deutschen bereit, dafür höhere Heizkosten zu tragen?

Auch hier äußerten zwei Drittel (67%) der Befragten eine positive Zahlungsbereitschaft. Knapp 58% würden Zusatzkosten von 10 Euro oder mehr im Monat auf sich nehmen, um den Druck auf die russische Regierung zu erhöhen.

Rund 31% wären sogar bereit, mindestens 20 Euro mehr im Monat fürs Heizen zu bezahlen. Bei durchschnittlichen Monatskosten von rund 120 Euro wäre also etwa jeder dritte Haushalt bereit, mindestens 16% mehr zu bezahlen, um die russische Regierung stärker unter Druck zu setzen.

Abb. 3: Zahlungsbereitschaft für höhere Heizkosten

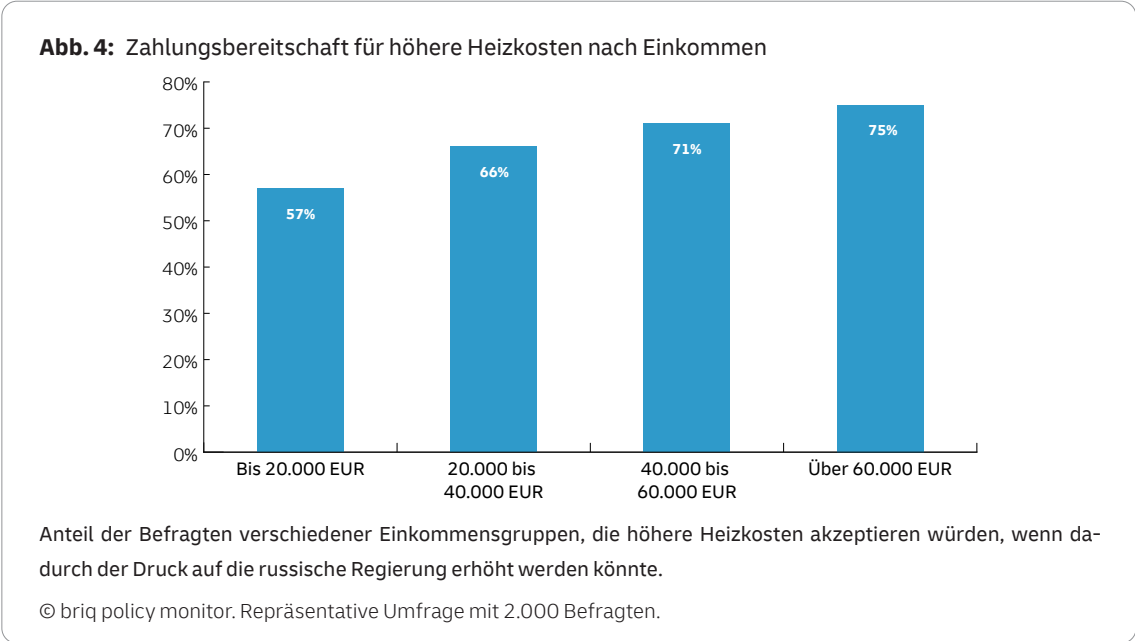


Anteil der Befragten, die höhere Heizkosten akzeptieren würden, wenn dadurch der Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte. (Angaben in Euro an Zusatzkosten für die monatliche Heizrechnung.)

© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten.

Ähnlich wie bei den Spritpreisen beeinflussen die politischen Präferenzen, Einkommen, altruistische Disposition und Heimatregion der Befragten die Zahlungsbereitschaft für höhere Heizkosten.

Mit steigendem Einkommen nimmt die Zahlungsbereitschaft zu. Aber auch in der niedrigsten Einkommensgruppe bis 20.000 Euro brutto im Jahr wären noch mehr als die Hälfte (57%) der Menschen bereit, höhere Heizkosten zu tragen, wenn sich dadurch der Druck auf die russische Regierung erhöhen ließe (siehe Abbildung 4).



Bei den Parteipräferenzen zeigt sich auch hier, dass Wählerinnen und Wähler der AfD mit knapp 31 Prozent am seltensten eine positive Zahlungsbereitschaft angeben. Bei der Anhängerschaft der übrigen im Bundestag vertretenen Parteien rangiert der Anteil zwischen 65% und 89% (siehe Tabelle 3). Insgesamt ist die Zahlungsbereitschaft im Osten weniger ausgeprägt als im Westen (siehe Tabelle 4).

Tab. 3: Zahlungsbereitschaft für höhere Heizkosten nach Parteipräferenz

Partei	Keine		
	Zahlungsbereitschaft (%)	10 Euro oder mehr (%)	20 Euro oder mehr (%)
SPD	22,20	68,43	37,27
CDU/CSU	24,42	67,00	36,63
Die Grünen	11,15	82,16	55,39
FDP	28,76	63,40	34,64
AfD	69,23	20,24	6,48
Die Linke	35,47	56,40	26,74
Andere	48,50	40,87	18,26

Tab. 4: Zahlungsbereitschaft für höhere Heizkosten nach Region

Region	Keine		
	Zahlungsbereitschaft (%)	10 Euro oder mehr (%)	20 Euro oder mehr (%)
Ost	43,50	47,65	25,45
West	29,42	61,46	33,43

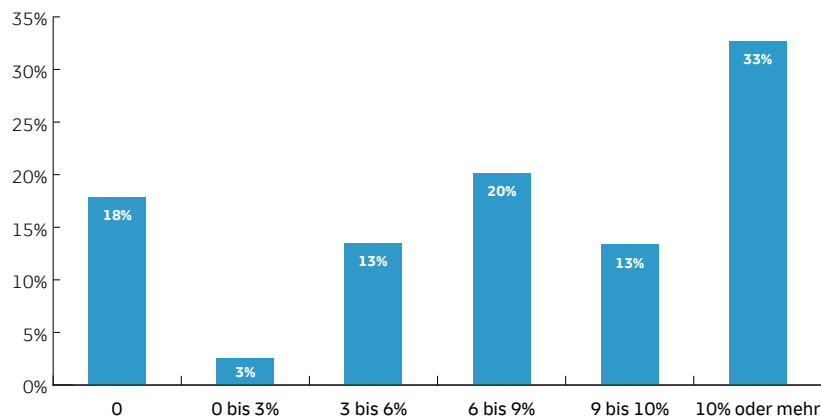
Bereitschaft zur Anpassung des Heizverhaltens

Energiesparen ist eine weitere Möglichkeit, die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus Russland zu reduzieren. Wir haben daher auch die Bereitschaft abgefragt, das eigene Verhalten zu ändern, um den Energieverbrauch zu senken. Sind die Menschen in Deutschland bereit, dafür ihre Raumtemperatur zu reduzieren?

Vier von fünf Befragten (82%) gaben an, dass sie ihr Heizverhalten anpassen würden, wenn dadurch der Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte. Zwei Drittel (66%) der Menschen würden ihren Verbrauch so stark anpassen, dass die Durchschnittstemperatur in ihren Wohnungen um mindestens ein Grad sinken würde.

Im Vergleich zur Zahlungsbereitschaft ist die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen weniger abhängig vom Haushaltseinkommen. Den politischen Präferenzen und der altruistischen Disposition der Befragten kommt weiterhin eine entscheidende Rolle zu.

Abb. 5: Bereitschaft zur Anpassung des Heizverhaltens



Anteil der Befragten, die ihr Heizverhalten anpassen würden, wenn dadurch der Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte. (Prozentuale Verringerung des Energieverbrauchs der Heizungen. Eine Reduktion um 6% entspricht einer Senkung der Raumtemperatur um etwa ein Grad Celsius.)

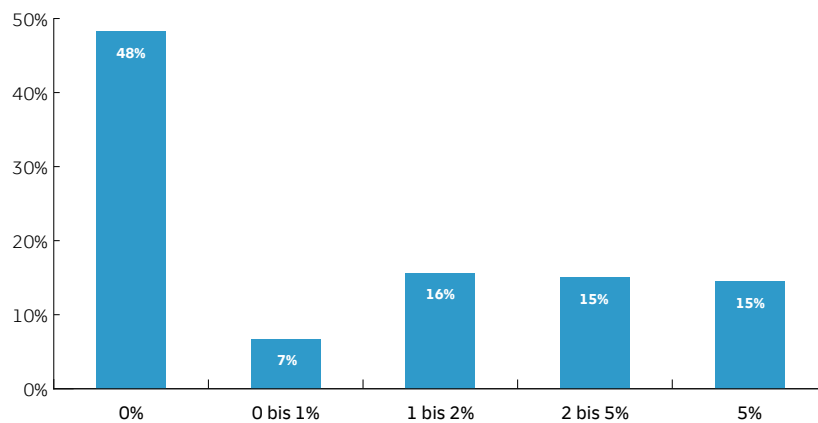
© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten.

Zahlungsbereitschaft für den sozialen Ausgleich

Nicht alle Haushalte können sich höhere Energiepreise gleichermaßen leisten. Wären die einkommensstärkeren Haushalte bereit, diejenigen zu unterstützen, die unter den Preissteigerungen besonders leiden?

Mehr als die Hälfte (52%) der Befragten aus Haushalten mit einem jährlichen Bruttoeinkommen über 50.000 Euro erklärte sich bereit, zugunsten des sozialen Ausgleichs einen prozentualen Anteil ihres Einkommens abzugeben. Knapp 30% würden aus Solidarität sogar mindestens zwei Prozent ihres Haushaltseinkommens beitragen, um Haushalte zu unterstützen, die durch die Preiserhöhungen besonders belastet werden (siehe Abbildung 6).

Abb. 6: Zahlungsbereitschaft für den sozialen Ausgleich



Anteil der Befragten aus einkommensstarken Haushalten, die bereit wären, besonders durch Preissteigerungen belastete Haushalte zu unterstützen. (Haushalte mit Brutto-Jahreseinkommen von 50.000 Euro oder mehr, Zahlungsbereitschaft als prozentualer Anteil des Einkommens.)

© briq policy monitor. Repräsentative Umfrage mit 2.000 Befragten.

Methodik

Stichprobe und Umfragemodule

Die Umfragedaten wurden mittels einer repräsentativen Stichprobe von 2.000 Erwachsenen mit Wohnsitz in Deutschland erhoben. Die Datenerhebung mit dem Online-Umfragetool Qualtrics erfolgte zwischen dem 11. und 15. März 2022 in Kooperation mit dem Marktforschungsunternehmen Pureprofile. Die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden wurde mit einer speziellen Frage überprüft.

Die Stichprobe ist so geschichtet, dass sie der jeweiligen erwachsenen deutschen Bevölkerung in Bezug auf Alter, Geschlecht und Bildungshintergrund entspricht. 51,10 Prozent sind Frauen, das Durchschnittsalter der Befragten liegt bei 51 Jahren, das jährliche Medianhaushaltsbruttoeinkommen liegt zwischen 30 und 40.000 Euro. 27,67 Prozent der Befragten wohnen in Ostdeutschland (mit Berlin).

Fragebogen-Items: Individuelle Bereitschaft, Kosten und Verzicht auf sich zu nehmen

Die exakte Zahlungsbereitschaft in Euro wurde mithilfe des Preislistenverfahrens ermittelt. Zur Ermittlung der Zahlungsbereitschaft wird Personen wiederholt dieselbe Frage mit variierenden Geldbeträgen gestellt. Wortlaut und Antwortskala der vier Fragen:

	Frage	Antwortskala
Spritpreise	Wären Sie bereit, X Cent mehr pro Liter zu bezahlen, wenn dadurch der politische Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte? <i>(Ihre Bereitschaft betrifft zunächst einen Zeitraum von 6 Monaten)</i>	0 Cent bis „über 1 Euro mehr“
Heizkosten	Wären Sie bereit, X Euro extra im Monat für Ihre Heizkosten auszugeben, wenn dadurch der politische Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte? <i>(Ihre Bereitschaft betrifft zunächst einen Zeitraum von 6 Monaten)</i>	0 Euro bis „über 50 Euro“
Heizverhalten	Wären Sie bereit, den Verbrauch Ihrer Heizungen um X % zu reduzieren, wenn dadurch der politische Druck auf die russische Regierung erhöht werden könnte? <i>(Ihre Bereitschaft betrifft zunächst einen Zeitraum von 6 Monaten)</i>	0 % bis „über 10 %“
Sozialer Ausgleich	Wären Sie bereit, jeden Monat X % Ihres Haushaltseinkommens beizutragen, um Haushalte, die die Preiserhöhungen besonders belasten, zu unterstützen? <i>(Ihre Bereitschaft betrifft zunächst einen Zeitraum von 6 Monaten)</i>	0 % bis „über 5 %“

Weitere Fragebogen-Items

Wir erheben eine Reihe von soziodemografischen Merkmalen, darunter Alter, Geschlecht, Bildung, Beschäftigungsstatus, Anzahl an Kindern, Parteipräferenz, Bundesland und Haushaltsbruttoeinkommen. Darüber hinaus wird nach Besitz und Nutzung eines Pkw mit Verbrennungsmotor gefragt. Zudem ermitteln wir die altruistische Disposition der Befragten auf Basis eines etablierten und experimentell getesteten Maßes aus dem Global Preferences Survey.¹

¹ Falk, A., Becker, A., Dohmen, T., Enke, B., Huffman, D., & Sunde, U. (2018). Global evidence on economic preferences. Quarterly Journal of Economics, 133 (4), 1645–1692.

Mit dem **briq policy monitor** präsentiert das Bonner briq-Institut für Verhalten und Ungleichheit aktuelle Befragungsdaten und Forschungsergebnisse zu gesellschaftspolitisch relevanten Fragestellungen, die mit den Themenschwerpunkten des Instituts zusammenhängen. Repräsentative Stichproben für die deutsche Bevölkerung und die Verwendung wissenschaftlich fundierter Methoden für die Fragebogenerstellung und Datenauswertung sorgen für eine hohe Aussagekraft und Belastbarkeit der Ergebnisse. Durch die Präsentation der Ergebnisse möchten wir den öffentlichen Diskurs bereichern und die politische Entscheidungsfindung unterstützen, ohne dabei bestimmte Positionen zu vertreten oder konkrete Maßnahmen zu empfehlen.

